

Humor und Zwangsarbeit

Über einige Stilfragen in der Entschädigungsdebatte

1999

Die toten Säuglinge der Zwangsarbeiterinnen von VW wurden in Klopapier gewickelt und in einem Waschraum gestapelt. Die Kosten einer notdürftigen Beerdigung bekamen die Mütter, Russinnen und Polinnen, später vom kargen Lohn abgezogen; erst so erfuhren sie vom Tod des Kindes. Ihr Arbeitswille sollte nicht vorzeitig geschwächt werden.

Mord durch gezielte Vernachlässigung, so lautet die jüngste Klage vor einem amerikanischen Gericht. Den Müttern entrissen, wimmerten 350 Babys in einem sogenannten „Kinderheim“ von VW ihrem Ende entgegen. Mehrere hundert solcher Lager soll es ab 1942 gegeben haben; zehntausende Kinder von Zwangsarbeiterinnen starben.

Nun die Geschichte vom Kätzchen. Es war einem Maiabend in Washington, als Bodo Hombach, der Kanzleramtsminister, einen Witz erzählte, vor knapp hundert Gästen in der deutschen Botschaft. An fein gedeckten Tafeln saßen deutsche Industrielle, amerikanische Anwälte, Vertreter osteuropäischer Regierungen, und der Witz ging so: Ein Mann nimmt die Katze eines Freundes in Pflege; das Versprechen, dem Tierchen einmal am Tag etwas Gutes zu tun, löst er folgendermaßen ein: Er schleudert die Katze kräftig an ihrem Schwanz herum. Befragt, worin bei dieser Quälerei die Wohltat bestehe, antwortet der Mann: Die Katze war immer froh, wenn es zu Ende war.

Das unschuldige Kätzchen ist die deutsche Industrie, gequält von den Anwälten ehemaliger Zwangsarbeiter. Die Geisteshaltung, die solchen Humor gebiert, ist einer der Gründe, warum Bodo Hombach bisher mit einer historischen Mission gescheitert ist: kurz vor dem Ende des Jahrhunderts eine späte Aussöhnung zwischen den ehemaligen Nutznießern der Zwangsarbeit und den ehemaligen Opfern auf den Weg zu bringen.

Der Abgesandte des Kanzlers will „ein Moderator“ sein, doch setzte er von Beginn an das politische Interesse Deutschlands mit dem der Industrie gleich: „Wir wollen nicht, dass der Name deutscher Unternehmen und auch der Name Deutschlands in den Schmutz gezogen wird.“ In diesem Verständnis von Regierungshandeln werden die Opfer und deren Rechtsvertreter quasi zum nationalen Gegner. Die völlige Einseitigkeit der Parteinahme gilt als so selbstverständlich, dass im Referat 414 des Kanzleramts eine Juristin sitzt, die von den beklagten Unternehmen dorthin entsandt wurde und auch von ihnen bezahlt wird (dem Vernehmen nach von Krupp). Hätte die Kohl-Regierung eine derartige Beraterin inkorporiert, wären Rot und Grün sicher hellauf empört gewesen. Den Kontakt mit NS-Opfern meidet der neue Regierungsapparat hingegen strikt: Deren deutsche Verbände haben, anders als Industrie und Banken, keinen Zutritt zu Hombachs Delegationen, werden nicht einmal als externe Ratgeber akzeptiert. „Unsere Kenntnisse sind nicht erwünscht“, klagt Susanne Miller, die 84jährige Vorsitzende der NS-verfolgten Sozialdemokraten.

Einseitig festgelegt, ohne eigenen Gestaltungswillen kann dem Minister auch die Schadensbekämpfung, wie er sie versteht, nicht gelingen. Ein halbes Jahr nach Beginn von Hombachs Verhandlungsbemühungen sind jenseits des Atlantiks die Sammelklagen gegen deutsche Unternehmen fast unüberschaubar geworden, wöchentlich sorgen neue Details vergangener Verbrechen für Schlagzeilen. Auch vor deutschen Gerichten mehren sich die Klagen osteuropäischer Opfer; auf immer mehr Firmennamen liegt nun der Schatten ihrer Mittäterschaft (siehe Kasten).

Von Kenntnis der komplizierten Materie wenig beschwert, dafür angetan von den eigenen Macherqualitäten hatte Hombach bei den Industriemanagern lange eine Illusion genährt: Er könne

ihnen allein durch Verhandlungen mit der amerikanischen Regierung und den jüdischen Organisationen in den USA eine sogenannte „Rechtssicherheit“ verschaffen. Gemeint ist damit eine Garantie, dass die Opfer auf Klagen verzichten - nur dann ist die Industrie bereit, Geld in einen Fond für Zwangsarbeiter zu stecken. Mittlerweile hat sich herumgesprochen, dass weder Bill Clinton noch die Jewish Claims Conference einem ukrainischen Mütterchen verbieten können, vor Gericht zu ziehen.

Vor acht Jahren bekam der Pole Eugeniusz Szobksi Post von Daimler-Benz. Darin erklärten zwei Vorstandsherren dem ehemaligen Zwangsarbeiter, er habe erstens keinen Anspruch auf Lohn und zweitens würden individuelle Zahlungen nur zu „erneutem Unrecht“ führen, „durch das alte Wunden eher aufgerissen als geheilt würden“. Szobksi, der mittlerweile via USA gegen die Firma klagt, weiß seit vergangener Woche, wie sich Daimler-Benz das neue Unrecht genau vorstellt. Im Auftrag der 16 Großunternehmen einer „Stiftungsinitiative“ präsentierte DaimlerChrysler die Vergabekriterien eines „humanitär“ gemeinten Industriefonds: Die Zahlung soll sich an der durchschnittlichen Rente bemessen, Opfer in Osteuropa und den GUS-Staaten (also die Mehrheit der Betroffenen) sollen folglich drastisch weniger erhalten als Opfer im Westen. Dass die Renten im östlichen Teil des Kontinents keineswegs ein Maßstab dortiger Kaufkraft sind, dürften auch Finanzvorstände wissen. Nicht das historische Leid, sondern die gegenwärtige Altersarmut ist die Elle, nach der deutsche Unternehmen ihre geizige „Geste der Versöhnung“ bemessen wollen. Der kalte Krieg gegen die Opfer, ein Krieg mit den Waffen der Mißachtung, ist noch immer nicht zu Ende.

Die polnische Öffentlichkeit reagierte entsetzt; in Washington verließen die Anwälte empört eine Verhandlungsrunde; das US-Außenministerium ließ unwilliges Kopfschütteln zitieren. Das Ansinnen der deutschen Unternehmen, die Opfer erneut zu klassifizieren, macht die Debatte über „Rechtssicherheit“ vollends obsolet. Um Geld aus dem Industriefond zu erhalten, müssen die Antragsteller „bedürftig“ sein und mindestens sechs Monate unter haftähnlichen Umständen geschuftet haben. So machen sich die Firmen vom Schuldner zum Gönner - alle Zwangsarbeiter sollen auf ihre Lohnforderung verzichten, doch nicht jeder käme in die Gunst eines Gnadenerweises. Wer soll in diesen ungleichen Handel einwilligen?

Selbst nach den Härteklauseln, wie sie die Industrie definiert, müßten etwa 600 000 ehemalige Zwangsarbeiter der Industrie eine Zahlung erhalten, so die Schätzung des Historikers Lutz Niethammer, Berater des Kanzleramts. Mindestens sechs Milliarden Mark müßte die Industrie dafür bereitstellen, wenn man das Modell von VW und Siemens zum Maßstab nimmt. Beide Firmen zahlen im Vorgriff auf eine Gesamtlösung jetzt bereits aus eigenen Fonds 10 000 Mark an jeden Antragsteller, ungeachtet seiner Nationalität. Die 16 Großunternehmen der Stiftungsinitiative wollen hingegen glauben machen, sie kämen mit drei Milliarden Mark davon - und selbst diese Summe ist noch eine Täuschung: Nur die Hälfte soll den Opfern direkt zukommen, mit den Zinsen aus der anderen Fondshälfte wollen die Firmen Projekte fördern.

Auch dies ein Versagen der Bundesregierung: Fixiert auf die Interessen der Großindustrie und den amerikanischen Absatzmarkt hat Hombach der übrigen deutschen Wirtschaft bisher keinen Anreiz geboten, dem Entschädigungsfond beizutreten. Nach einer Erhebung von „Aktion Sühnezeichen“ sind unter den ehemaligen Nutznießern der Sklavenarbeit heute immerhin rund 100 Firmen mit einem Grund-oder Stammkapital über 100 Millionen Mark. Legten alle zusammen, könnte die „Geste der Versöhnung“ weniger geizig ausfallen.

Wer damals in der Landwirtschaft, in Kommunen und Staatsbetrieben Frondienst leisten musste, soll aus einer „Bundesstiftung“ Hilfe erhalten - so will es der rot-grüne Koalitionsvertrag. Doch die zuständigen Beamten des Finanzministeriums blockieren den Plan - es sind, bis zum Abteilungsleiter, dieselben Beamten, die im Auftrag der Kohl-Regierung zehn Jahre lang jegliche Zwangsarbeiter-Entschädigung für unmöglich erklärten.

Eine Fußnote zum Drama der Grünen. Ihr Engagement machte seit den 80er Jahren die vergessenen Opfer zum Thema. Heute reicht ihr Einfluss nicht, ein paar Beamte zu versetzen. Und auf die Frage, was die Position der rot-grünen Regierung in den Verhandlungen mit der Industrie sei, lautet die klägliche Antwort aus der grünen Fraktion: „Eine Position der Regierung gibt es nicht, nur die persönliche Position von Hombach.“ Die flammenden Appelle früherer Jahre sind leisem Räuspern gewichen; bloß die Industrie nicht verschrecken, das scheue Reh.

In dieser Woche will der Bundestag ein Mahnmal für die toten Opfer des Nationalsozialismus beschließen - wo aber ist eine Lobby für die lebenden Opfer?